Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909.

Nr. 193 — Dienstag, den 19. August 1924 — 19. Jahrgang

Folgen der Londoner Konferenz.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Der „Pakt von London" bringt, darüber kann kein Zweifel herrschen, eine herbe Enttäuschung für weite Kreise des deutschen Volkes, die ein günstigeres Ergebnis erwartet hatten. Vor allem war die Hoffnung stark verbreitet, daß die sofortige militärische Räumung des Ruhrgebietes erreicht werden würde. Nun soll sie erst innerhalb eines Jahres erfolgen. Und so sind, wie sich Dr. Stresemann selbst in London bei der Abfahrt geäußert haben soll, nur 66⅔ Prozent der Erwartungen in Erfüllung gegangen. Grund genug für viele Politiker und für alle Gefühlspolitiker, mit dem Ergebnis der Londoner Konferenz unzufrieden zu sein.

Diese Unzufriedenheit wird zweifellos auch bei der großen politischen Aussprache des Reichstages in dieser Woche allgemein zum Ausdruck kommen. Aber damit ist es natürlich nicht getan. Der Reichstag muß sich auch entscheiden, ob er trotzdem das Siegel unter die Abmachungen setzen will, die die deutsche Delegation in London getroffen hat. Wie die Dinge liegen, darf man annehmen, daß die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie entschlossen hinter die Regierung treten und für die Annahme der Londoner Vereinbarungen stimmen werden. Sie haben wohl von vornherein ebensowenig wie die nach London reisenden Regierungsvertreter mit einem 100prozentigen Erfolg gerechnet. Im Gegenteil, sie werden von der Tatsache ausgehen, daß bei der Abreise der deutschen Delegation die Aussicht auf ein befriedigendes Ergebnis geringer erschien, als sich nachher wirklich herausgestellt hat. Man sah die deutsche Delegation vor scheinbar einheitliche Entschließungen der Alliierten gestellt, von denen nach allen früheren Erfahrungen nur wenig abzuhandeln möglich schien. Und doch sind noch sehr wesentliche Aenderungen zugunsten Deutschlands erzielt worden. Die restlose sofortige wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes, die Wiederherstellung der deutschen Verwaltungseinheit und Gerichtsbarkeit, der Fortfall der Zollgrenzen zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet, die Wiederaufrichtung der Verkehrseinheit, die Befreiung der Gefangenen und die Rückkehr der Ausgewiesenen, die Beseitigung der Sanktionsgefahr und die wesentliche Einschränkung der Repkovollmachten: das alles sind Erfolge der deutschen Delegation, die mit 66⅔ Prozent nicht zu hoch veranschlagt sein dürften — auch wenn Dr. Stresemann diese Ziffer nicht wörtlich genannt haben sollte. Nur die sofortige militärische Räumung des ganzen seit 1923 besetzten Gebietes ist nicht erreicht worden. Dafür werden aber Teile dieses Gebietes, wie die „Flaschenhälse", wichtige Häfen und Eisenbahnknotenpunkte und der Bezirk Dortmund-Hörde alsbald geräumt und für den ganzen übrigen Teil ist eine feste Maximalgrenze der militärischen Räumungsfrist (bis 15. August 1925) unter englischer Garantie erreicht worden. Das alles zusammengenommen ist für die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie Grund genug, den Londoner Vereinbarungen zuzustimmen. Diese Parteien werden im Reichstag die Mehrheit hinter sich haben.

Aber die einzelnen Gesetze, die aus dem Pakt folgen, wie vor allem das über die Neuorganisation des deutschen Eisenbahnwesens, erfordern eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag, weil sie verfassungsändernde Gesetze sind. Die Zweidrittelmehrheit ist nur dann vorhanden, wenn die Deutschnationalen mit dafür stimmen. Die entscheidende Frage für die nächste Zukunft wird also sein, ob die Deutschnationalen in unverantwortlicher Weise ihre Machtgelüste allem anderen voranstellen und die Londoner Vereinbarungen ablehnen, oder ob sie die Verantwortung mit übernehmen und um des Vaterlandes willen ihre wilde Opposition aufgeben. Völlige Klarheit darüber werden wohl erst die Beratungen der deutschnationalen Fraktion ergeben, die im Laufe der Woche stattfinden. Die deutschnationale Presse hat bisher einheitlich und geschlossen für Ablehnung Stimmung gemacht. Aber je näher der Termin der Entscheidung heranrückt, umso vorsichtiger werden diese Pressäußerungen. So spielt in einer offiziösen Veröffentlichung „maßgebender deutschnationaler Parteikreise" das Wörtchen „scheint" eine große Rolle, und in der führenden deutschnationalen „Kreuzzeitung" die noch bis zum Sonnabend mit vollen Lungenkräften das „Unmöglich" hinausgeschrien hatte, konnte man am Sonntag lesen, daß „nach dem vorläufigen Abschluß der Londoner Konferenz für den Augenblick alles noch in der Schwebe bleibe". Ein endgültiges Gesamturteil werde man sich erst nach Kenntnis eines vollkommen abschließenden Berichtes bilden können. Das klingt nicht nach unbedingter Ablehnung, wenn auch der Aufsatz überschrieben ist „Die neue Kapitulation". Im übrigen braucht man sich zum Erraten des deutschnationalen Rätsels jetzt nicht den Kopf zu zerbrechen, da ja in wenigen Tagen schon die Lösung aller Welt bekannt gegeben wird.

Sollte die deutschnationale Partei wider Erwarten für Ablehnung stimmen, so wird die Auflösung des Reichstages unabweisbar sein. Das haben die deutschen Delegationsführer schon vor ihrer Abreise in London erklärt und das ist tatsächlich der einzige Weg zur Ueberwindung der Schwierigkeiten. Das Volksbegehren und der nachfolgende Volksentscheid würde die Sache noch auf Monate hinauszögern, während die Reichstagsneuwahl bei Verkürzung der Fristen wesentlich schneller die Entscheidung bringen könnte. Auch dann würden freilich höchst peinliche Verzögerungen in der parlamentarischen Verabschiedung notwendig werden, für die dann aber ausschließlich die Neinsager die Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke und besonders gegenüber den zahlreichen Städten und Dörfern zu tragen hätten, die jetzt schon bald befreit werden sollen. Um diese Verantwortung braucht man die Opposition nicht zu beneiden.

Der Bericht der deutschen Delegation.

Die Besprechungen mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskabinett und den Parteiführern.

Der Kabinettsrat in Berlin.

Berlin, 19. August. Die Reichsregierung trat gestern nachmittag zu einem Kabinettsrat zusammen. Die Sitzung begann um 3 Uhr unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten. An ihr nahmen sämtliche in Berlin anwesenden Minister teil. Die aus London zurückgekehrten Minister gaben einen eingehenden Bericht über den Verlauf der Konferenz, wobei sie feststellten, daß die deutschen Delegierten zum ersten Male seit dem Kriege völlig gleichberechtigt mit den alliierten verhandeln konnten. Das Reichskabinett billigte einmütig die Haltung seiner Vertreter in London. Es wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß es den beschrittenen Weg unter allen Umständen weiter verfolgen wird.

Nach 4 Uhr empfing die Londoner Delegation der Reichsregierung die Führer der Koalitionsparteien. Reichskanzler Dr. Marx, die Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Luther gaben einen Bericht über die Arbeiten der Londoner Konferenz. In den langen, teilweise persönlichen Verhandlungen und Aussprachen hätten die deutschen Delegierten von dem französischen Ministerpräsidenten den Eindruck erhalten, daß er überaus hohe Ideale vertrete und vom besten Willen beseelt sei. Das gegenseitige Vertrauen, das sich während der Verhandlungen zwischen Herriot und Marx angebahnt hatte, werde dadurch praktisch sich auswirken, daß künftig bei etwaigen Beschwerden im besetzten Gebiet der Reichskanzler einen Privatbrief an Herriot richten werde, um eine Abstellung der Uebelstände herbeizuführen. Herriot habe sich mit diesem Verfahren bereitwilligst einverstanden erklärt. — Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien erkannten an, daß die Delegation in London das Beste erreicht hat, was erreicht werden konnte; man war sich klar, daß ein anderer Abschluß auch in der Ruhrfrage nicht erreicht werden konnte. Die Sitzung war kurz vor 6 Uhr beendet. Heute, Dienstag, tritt der Aeltestenrat des Reichstages zusammen, um über die Einberufung des Plenums Beschluß zu fassen.

Zusammentritt des Reichstages am Freitag.

Berlin, 19. Aug. Der Zusammentritt des Reichstages ist nicht für Donnerstag, sondern erst für Freitag zu erwarten. Es wird damit gerechnet, daß die parlamentarische Entscheidung über die Ergebnisse der Londoner Konferenz in die zweite Hälfte der nächsten Woche fallen wird, und daß, falls die erforderliche Mehrheit für die Gesetze zur Durchführung des Dawesberichtes nicht erreicht werden sollte, alsbald die Auflösung des Reichstages ausgesprochen werden würde. In diesem Falle würde die für den 30. August vorgesehene Vollziehung der Londoner Abmachungen nicht möglich sein, und es würden sich dann auch alle vorgesehenen Fristen für die Befreiung des Einbruchs- und Sanktionsgebietes, für die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes und für alle aus den Londoner Vereinbarungen folgenden Maßnahmen automatisch verlängern.

Die Stimmung im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet erhält die „Köln. Ztg." folgendes Stimmungsbild: Man kann sich vorstellen, mit welcher Spannung das besetzte Gebiet an der Ruhr den Londoner Verhandlungen gefolgt ist. Sorge und Hoffnung wechselten täglich. Jetzt, wo bekannt wird, daß auch die neue Bereitwilligkeit Deutschlands, an der Befriedung Europas durch Uebernahme schier unmöglicher Lasten ehrlich mitzuarbeiten, dem Ruhrgebiet nicht einmal die territoriale Freiheit bringt, hat eine Stimmung Platz gegriffen, die geradezu an Verzweiflung grenzt. Ich habe mich bei der Industrie und bei den Gewerkschaften, bei der Bankwelt und bei der Geschäftswelt umgehört. Nirgends kann man dieses Ergebnis der Londoner Verhandlungen fassen. Allgemein hält man unsere Lage jetzt auf die Dauer für schlechter als vor der Londoner Konferenz.

Offenburg wieder frei.

Offenburg, 18. August. Der Befehl, Offenburg zu räumen, ging dem hiesigen Kommando heute sehr überraschend zu. Die Nachricht traf heute morgen gegen 4 Uhr ein. Alsbald machten sich die Truppen bereit, die Materialien und Gerätschaften zusammenzubringen. Sehr bewegt ging es in der hiesigen Kaserne zu, wo französische Truppen einquartiert waren. Im ganzen werden etwa 50 von den französischen Truppen beschlagnahmte Wohnungen frei. Der Sonderzug, der von dem französischen Kommando bei der Betriebsinspektion angefordert wurde, umfaßt 24 Wagen. In der Stadt sind etwa 20 französische Lastautos angekommen, um den Transport des übrigen Materials vorzunehmen. Die Bevölkerung begrüßt die Räumung mit lebhafter Genugtuung, beobachtet aber selbstverständlich eine ruhige Haltung.

Die Anleihe im Oktober.

Amerika übernimmt die Hälfte, England 30 Prozent.

London, 18. Aug. Nach einer Blättermeldung soll auch während der letzten Tage der Konferenz eine Einigung dahingehend erfolgt sein, daß die Verhandlungen für die Ausgabe der 88-Millionen-Mark-Anleihe im Oktober unmittelbar vor ihrer Ausgabe geführt werden sollen und daß von diesem Betrag Amerika 50 Prozent und England zwei Drittel der restlichen 50 Prozent aufzubringen hat, während das letzte Sechstel in Deutschland, Holland, Skandinavien und der Schweiz in ganz kleinen Beträgen aufgelegt werden soll.

Die französisch-belgisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen.

Brüssel, 18. August. „Etoile Belge" meldet, die deutsche Regierung habe vorgeschlagen, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien zur Ausarbeitung eines wirtschaftlichen modus vivendi am 1. September beginnen. Die Verhandlungen sollen in Berlin stattfinden, da die Reichsminister und die hohen Reichsbeamten, welche die Verhandlungen zu führen hätten, mit Rücksicht auf die bevorstehende Ingangsetzung des Dawesplanes in Deutschland bleiben müssen. Die belgische Delegation wird von dem Direktor im belgischen Auswärtigen Amt, van Langenhove, geführt werden.

Englische Beurteilung des Konferenzergebnisses.

London, 18. Aug. Der Abschluß der Londoner Konferenz ist hier mit einem Gefühl der Befriedigung aufgenommen worden. Bei der ungeschminkten und teilweise recht scharfen Kritik am Londoner Konferenzwerk hält man sich nur die Alternative vor Augen, daß Europa in ein neues Chaos gefallen wäre, wenn die Londoner Konferenz und hiermit der Dawes-Bericht gescheitert wäre. So kommt es, daß die hiesige öffentliche Meinung alles in allem die Konferenz als einen Erfolg und teilweise als einen großen Erfolg bezeichnet. „Times" fassen das glückliche Ergebnis der Konferenz dahin zusammen, daß diese erstens die Harmonie zwischen den Alliierten wiederhergestellt, zweitens Deutschland und Frankreich aus der kalten Atmosphäre gefühlloser Noten befreiten, drittens die Teilnahme Amerikas an der Wiederherstellung der alten Welt gewonnen habe. Die Konferenz hat also mehr vollbracht, als sie sich eigentlich zum Ziel gesetzt hatte. „Der Londoner Pakt ist eine große Tat," schreibt „Daily Expreß"; „er bedeutet die Gesundung der öffentlichen Meinung Europas." Das Blatt bezeichnet die nicht kontrollierbare